



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/114

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170 ^{19. Mai 1953}
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 037890

Zur Lage in Stuttgart	S. 1
Österreichischer Staatsbesuch in Bonn	S. 3
Forderungen des Sozialistischen Studentenbundes	S. 4

S t u t t g a r t

(sp) Die Krise der Regierung in Stuttgart ist nicht die Krise eines Landes allein, sondern durch die Art ihrer Entstehung eine Krise des Bundesrates und, leider auch, des demokratischen Systems schlechthin. Sie hat ihren Ursprung in der Tatsache, daß Ministerpräsident Reinhold Maier am 15. Mai im Bundesrat, nachdem er sich zunächst solchen Zumutungen, die aus Bonn kamen, versagt hatte, ein Votum für die Verträge abgegeben hat, obwohl er dazu keineswegs durch die Mehrheit des baden-württembergischen Ministerrates bevollmächtigt war.

Maier hat sich dabei auf den Artikel 9 des Überleitungsgesetzes seines Landes gestützt, der besagt, daß der Ministerpräsident die Richtlinien der Landespolitik zu bestimmen habe. Die Auslegung, die Maier diesem Satz durch sein Verhalten gegeben hat, ist nach dem Urteil aller staatsrechtlichen Sachverständigen absolut willkürlich und irrig. Der Artikel besagt in Wirklichkeit nichts anderes, als die entsprechende Bestimmung in fast jeder demokratischen Verfassung, daß nämlich der jeweilige Regierungschef die Grundzüge einer bestimmten Politik seines Kabinetts festlegt, daß er aber selbstverständlich und insbesondere bei wichtigen Entscheidungen an einen Mehrheitsbeschuß seiner Kollegen gebunden ist.

Daran führt kein Weg vorbei. Als Gegenbeispiel sei nur auf Berlin verwiesen, wo der Regierende Bürgermeister Reuter, ein erklärter Gegner der Verträge, sich selbstverständlich der gegen

seine Partei und ihre Politik gerichteten Haltung der Mehrheit der Berliner Regierungsmitglieder fügte, wenn er auch nicht selbst im Bundesrat erschien, sondern es seinem CDU-Kollegen überließ, die Haltung der Berliner Regierungsmehrheit zu begründen.

In Stuttgart ist in einem besonders krassen Fall auf der Landesebene sichtbar geworden, was im Bunde schon oft Anlaß zu ernster Besorgnis war: Die Preisgabe einer demokratischen Geisteshaltung und Verpflichtung zugunsten einer selbtherrlichen autoritären Praxis, wenn man dadurch nur glaubt, einen bestimmten politischen Zweck erreichen zu können. Der Vorsitzende der SPD hat in Frankfurt auf diese Entwicklung warnend hingewiesen und man hat ihm das in Kreisen der Bundesregierung sehr verübelt. Er hat selbst wohl nicht angenommen, daß er so schnell und von dieser Seite her bestätigt werden würde. Reinhold Maier hat hier kein sauberes Spiel gespielt.

Die sozialdemokratischen Landesminister in Baden-Württemberg haben den Westverträgen nicht zugestimmt. Es ist deshalb auch irreführend wenn man den Eindruck erwecken will, als sei die ablehnende Haltung der Sozialdemokratischen Partei in ihrer Gesamtheit gegenüber den Verträgen nicht mehr geschlossen. Aber die Minister haben bisher, mit Ausnahme des Justizministers Renner, keine Konsequenz daraus gezogen, daß Reinhold Maier seine Stimme gegen den Willen der Mehrheit der Regierung abgegeben hat. Sie werden dabei von der Mehrheit ihrer politischen Freunde in der Fraktion und im Landesvorstand unterstützt. Ihr Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß der Wiederaufbau des Südweststaates und die Fertigstellung seiner Verfassung für die Zukunft dieses Raumes entscheidend wichtig seien. Bei aller Würdigung solcher Hinweise sollten jedoch in einer für das ganze deutsche Volk so entscheidenden Frage landespolitische Erwägungen den Notwendigkeiten der gesamtdeutschen Politik untergeordnet werden, auch damit schon der erwähnte mögliche Eindruck einer unklaren Haltung vermieden wird.

Ihre letzte Zuspitzung hat die Krise in Stuttgart dadurch erfahren, daß Reinhold Maier Bedingungen der SPD für ihr Verbleiben in der Regierung abgelehnt hat, die sämtlich von ihm als Selbstverständlichkeiten hätten angenommen werden müssen, denn sie verlangten von ihm nur die Sicherheit vor einer neuen Überschreitung seiner Befugnisse und sein Einverständnis mit dem bisherigen Kräfteverhältnis innerhalb der Koalition. Die brutale Art, in der Maier darauf geantwortet hat, läßt die ganze Gefährlichkeit des Weges erkennen, den diejenigen bisher gegangen sind, die nicht, wie Renner, von vornherein die klare Konsequenz aus dem Verhalten Reinhold Maiers zogen.

Alte Kontakte erneuert

H.P. Der österreichische Außenminister, Dr. Gruber, und sein Staatssekretär Dr. Bruno Kreisky sind bei ihrem Deutschlandbesuch in Bonn herzlichst empfangen worden. Damit ist der Kontakt zweier Länder wieder hergestellt worden, der unnötig lange unterbrochen war. Während Dr. Gruber in Deutschland und der Welt als Politiker bekannt ist, weiß man nur wenig von dem für einen Diplomaten jungen Staatssekretär Kreisky.

Aus einer liberalen Familie in Mähren stammend, schloß sich der junge Rechtsstudent früh den Sozialisten an. Die Ironie des Schicksals will es, daß die Heimwehr, deren prominentes Mitglied, Julius Raab, heute Regierungschef ist, in der Dollfußära den Mann zur Emigration zwang, der heute Staatssekretär des Äußeren ist. Dr. Kreisky fand schließlich in Schweden ein reiches Betätigungsfeld, wo man seine großen Fähigkeiten zum Ausbau der mächtigen Genossenschaftsbewegung benutzte. Die schwedischen Sozialisten, die Kreisky sehr schätzten, hätten ihn auch gerne für dauernd in den Staatsdienst übernommen, doch Kreisky zog es nach dem Kriege zurück nach Wien. Er betätigte sich besonders auf dem handelspolitischen Gebiet und konnte eine Reihe für Österreich sehr vorteilhafte Wirtschaftsverträge besonders in Skandinavien abschließen. Als man einen geeigneten Mann für die Kanzlei des Bundespräsidenten Körner suchte, fiel die Wahl auf Kreisky, der die letzten zwei Jahre als engster Berater des Präsidenten wirkte. Seine eigentliche diplomatische Karriere begann jetzt nach der Bildung der neuen Regierung.

Wenn über den Staatssekretär des Äußeren in Deutschland zu wenig bekannt ist, so machte dagegen der österreichische Staatssekretär des Inneren kürzlich in üblicher Weise von sich reden. Staatssekretär Ferdinand Graf, der der ÖVP angehört, fühlte sich bemüßigt, Dr. Adenauer in seinem Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie Schützenhilfe zu leisten. Sein kürzlich geäußerter Vorwurf, die SPD übe "Hochverrat an Europa" und die Beschuldigung, daß die Sozialdemokraten durch den Sturz Brünnings Hitler zur Macht verholfen haben, zeigt eine solche Ignoranz historischer Begebenheiten, daß man nur wünschen kann, der Staatssekretär würde sich in Zukunft auf das Gebiet des Inneren beschränken, und den Sektor des Äußeren berufeneren Politikern überlassen.

Zu Funktionärsschulen umgewandelt

Die Lage der Hochschulen in der Sowjetzone

Eine hochschulpolitische Tagung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die dieser Tage in Bochum-Dahlhausen stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit den Problemen, die sich aus der Situation in der Sowjetzone ergeben. Eine Arbeitsgemeinschaft diskutierte den Problembereich der Arbeiter- und Bauernfakultäten. Die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft fanden in zwei Entschlüssen ihren Ausdruck:

1. Der SDS fordert die Einrichtung von staatlichen Bildungsinstituten in den Ländern der Bundesrepublik, durch die Jugendliche, die wegen ihrer sozialen Lage besonders benachteiligt sind, die Hochschulreife erlangen können. Nach einer Aufnahmeprüfung soll den Schülern Schulgeld, Lernmittelfreiheit und ein Stipendium gewährt werden. Die Schulzeit beträgt zwei bis drei Jahre und schließt mit einer Reifeprüfung ab, die zum Studium an allen Hochschulen und Universitäten berechtigt. Die Institute sollen auch Flüchtlingen aus der SBZ offen stehen, die vor ihrer Flucht ihre Ausbildung an Oberschulen und Arbeiter- und Bauernfakultäten nicht abschließen konnten.
2. In einer weiteren Erklärung wird die Gleichstellung von Reifezeugnissen der Arbeiter- und Bauernfakultäten der SBZ mit denen der Oberschulen gefordert. Bewerber, die nach mindestens zwei Semestern ihr Studium an Universitäten und Hochschulen in der SBZ abbrechen mußten, sollen aufgrund einer Prüfung in das für sie geeignete Semester eingestuft werden. Sie werden verpflichtet, sich während ihres Studiums auf eine Ergänzungsprüfung zur Erlangung der Hochschulreife in zwei Semestern vorzubereiten.

In einem Memorandum des SDS zur Situation an den Hochschulen in der SBZ kommt zum Ausdruck, daß die traditionelle Universität in der SBZ nicht mehr existiert. Die Universitäten sind nach stalinistischen Vorstellungen zu Funktionärsschulen umgewandelt worden. Die offizielle Ideologie soll die Verbindung zwischen den überspezialisierten Einzelwissenschaften herstellen und dient der Einordnung aller wissenschaftlichen und kulturellen Arbeiten in die von der Parteiführung erkannte allgemeine gesetzmäßige Entwicklung. Alte sozialistische Anliegen sind im Widerspruch zur Propaganda in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die sozialistischen Studenten fordern:

Eine verstärkte Aufklärung der Studenten in der Bundesrepublik über die geistige Situation in der SBZ durch instruktive Vorlesungen und Seminare über den historischen-dialektischen Materialismus in der originären Auffassung von Marx und in seiner stalinistischen Version.

Abkehr von dem überkommenen Akademismus im Universitätsbetrieb der Bundesrepublik. Die fehlende Bewusstheit der Studenten über gesellschaftliche Zusammenhänge und die kulturelle Situation wird als eine gefährliche Entwicklung angesehen. Der SDS tritt für eine Verbreitung der Methoden und Ergebnisse der politischen Wissenschaften unter allen Akademikern ein.

Das Inszenieren von Widerstandsaktionen von außen gegenüber der rationalen Organisation eines umfassenden Terrorapparates wird scharf verurteilt. Die Aufklärung der mitteldeutschen Studenten über die Ergebnisse der Sozial- und Geisteswissenschaften durch die Rundfunksender in der BR wird als unzureichend bezeichnet.

In einem weiteren Abschnitt werden Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlingsstudenten aus der SBZ erörtert. Ihre Zahl wird mit 1400 jährlich angegeben. Das Aufnahmeverfahren darf sich auch durch die Zugehörigkeit von Funktionären zur FDJ nicht einseitig beeinflussen lassen. Es ist großzügig zu handhaben, sofern die Betätigung in den Organisationen der SBZ nicht der persönlichen Bereicherung diene oder sich als Unterstützung des Polizeiapparates auswirke.

+ + +

Der Polizeistaat

Wir lesen in der "Freie Saarpresse", der Zeitung der sozialdemokratischen Saarreposition:

"Im Haushaltsplan für das Jahr 1953 sind unter dem Posten "Landespolizei und Saarbataillon" 1.125.676.000,- frs als Ausgabe eingesetzt. Im Jahre 1952 erhielten Landespolizei und Saarbataillon 634.788.000 frs. Die Ausgaben haben sich also für das neue Rechnungsjahr um rund 77 Prozent erhöht. Das ist eine schöne, runde Summe. Bei dem polizeilichen Überwachungs- und Spitzelsystem der Separatisten ist es jedoch nicht verwunderlich, daß derart immense Beträge für die Polizei des Herrn Hector ausgegeben werden.

Für die Berufsschulen hat man dagegen viel weniger übrig. Diese erhalten im Jahre 1953 621.129.000,- frs. Es ist auch wichtiger, eine gut besoldete Polizei zu haben, als die im Saargebiet bestehende Berufsschulnot durch ein großzügiges Bauprogramm und eine Förderung des Lehrernachwuchses zu beheben. Bei den Separatisten schätzt man wohl den Wert einer funktionierenden Polizei viel höher ein, als die schulische Ausbildung der schaffenden Jugend. Für den Polizeistaat ist eben - das zeigen die Zahlen aus dem Haushaltsplan ganz eindeutig - die Polizei die Hauptsache.

Verantwortlich: Peter Raunau